

haben es nun nicht weniger als 8 Personen zu verdanken, daß sie der Teilnahme an diesem Sonntagabend überführt worden sind.

Polizei, 21. Januar. In der gestrigen Sitzung des Großen A. und S. Rates wurde bekannt gegeben, daß die Bewaffnung der disziplinierten und organisierten Arbeiterschaft zum Schutze der Revolution in Vorbereitung sei. — Durch den Ausbruch der Elektrizitätsarbeiter wurde auch der Straßenbahnverkehr zum Teil unterbrochen. Für heute ist ein Bäderstreik angelegt.

Stimmzettel. Bürgermeister Lohde reichte dem Stadtrat sein Entlassungsgesuch für 1. Oktober ein. 45 Jahre hat er der Stadt gedient.

Wahltag. Um eine Stimme gewannen die Demokraten einen Sitz. Bei den Stadtverordnetenwahlen machten von 2032 Wahlberechtigten insgesamt 1693 vom Wahlrecht Gebrauch. Von diesen Stimmen entfielen auf die Liste des Bürgerausschusses 847, auf die der Sozialdemokraten 846. Demnach erhalten der Bürgerausschuß (Demokraten) 8, und die Sozialdemokraten 7 Sitze.

Chemnitz. Die Chemnitzer Volkshochschule wird Anfang Februar mit ihren Vorlesungen beginnen. Für die ersten Vorlesungen liegen bereits 80 Anmeldungen vor. Das Unternehmen ist auf gemeinsamer Grundlage aufgebaut und bezweckt, allen Volksschichten durch Vorlesungen mit Übungen, Ausreden, Bildbüchern usw. Gelegenheit zu einer geordneten Geistesbildung zu geben.

Zwickau. Unsere Stadt beendet mit Schluß des Schuljahres die Unterstufung der die hiesigen Schulen besuchenden Tücker; sie hat auch die Unterstufungen für den deutschen Ostmarkenverein, für den Deutschen Schulverein zur Unterstufung der deutschen Schulen im Auslande usw. eingestellt.

Buchholz. Das Stadtverordneten-Kollegium besteht aus 15 Sozialdemokraten und 11 Bürgerlichen. Zum Vorsitzender wurde W. Hermann mit 15, zum Vizevorsitzender der bisherige Vorsitzende, Oberlehrer Wänke, mit 26 Stimmen gewählt. Das Ratkollegium wurde auf drei Jahre neugewählt. Es wurden die bisherigen Stadträte Stefina und Schlittig wieder- und drei Sozialdemokraten neugewählt.

Plauen. Die Zahl der hiesigen Krieger, die auf den Schlachtfeldern infolge Verwundungen oder Krankheiten ihr Leben im Dienste des Vaterlandes lassen mußten, hat bis Ende Dezember 1918 die Zahl von 2769 erreicht.

Johanngeorgenstadt. Die tschecho-slawischen Truppen üben an der Grenze jetzt Aufsichtsdienste und Bahneinsparungen aus, damit vor allem kein Fleisch nach Sachsen kommt.

Verke Nachrichten.

Rückgabe Kiautschau an China. — Japan erhält die deutschen Inseln im Stillen Ozean. Amsterdam, 22. Januar. Die „Times“ erzählt aus Tokio, daß Burggraf Rato der japanischen Presse mitgeteilt hat, daß er glaube, daß Kiautschau an China zurückgegeben werde und daß Japan als Entschädigung die deutschen Inseln im Stillen Ozean erhalte.

Die Tiroler Landesversammlung gegen die Abtrennung des deutschen Südtirols.

Innsbruck, 20. Januar. Die Tiroler Landesversammlung nahm in ihrer heutigen Sitzung einen von allen Parteien eingebrachten Antrag einstimmig an, in dem erklärt wird, daß die Tiroler unter gar keinen Bedingungen in die Abtrennung des deutschen Südtirols einwilligen.

Der Abbau der Rationierung.

Die Beibehaltung der Lebensmittelarten ist, wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, mindestens noch bis zur neuen Ernte geplant. Der allmähliche Abbau kann erst ins Auge gefaßt werden, wenn sich übersehen läßt, welche Mengen das Ausland uns liefern wird. In erster Linie soll alsdann die Rationierung des Brotes fortfallen, für die übrigen Lebensmittel, hauptsächlich Fleisch und Fett, wird es auch nach der Ernte noch bei der Rationierung, vielleicht unter günstigeren Bedingungen, verbleiben.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen.

Die „Südd. Corr.“ meldet aus Basel: Pichon teilte auf eine Anfrage mit, die Frage der deutschen Kriegsgefangenen werde erst auf der Friedenskonferenz entschieden werden. Ein Beschluß, die deutschen Kriegsgefangenen zwei Jahre lang zum Wiederaufbau Belgiens und Frankreichs zu beschäftigen, liege seitens der Alliierten nicht vor.

Die Entente gegen die deutschen Arbeiter.

Berlin, 21. Januar. Die Drohung, daß der weitere Einmarsch der Ententetruppen in deutsches Gebiet für den deutschen Arbeiter den sofortigen Verlust aller sozialpolitischen Errungenschaften der letzten Zeit bedeuten würde, ist vielfach als Rindenschreck verläßt worden. Einen allemöglichen Beleg dafür, wie ernst die Drohung genommen werden muß, bildet folgende Bekanntmachung, die vor wenigen Tagen in Düsseldorf Blättern erschienen ist: „Gemäß Befehl des Kommandanten der belgischen Besatzungstruppen haben sich Arbeitgeber den Entscheidungen und Bestimmungen von Berlin nicht zu unterwerfen. Der Arbeitsvertrag ist für sie nicht verbindlich.“

Düsseldorf Obercafel, den 14. Januar 1919.

Der Oberbürgermeister.

J. B. Knopp

Ebenso wie der Achtundtag würden natürlich, wie die Erfahrungen in der Pfalz und im Saargebiet lehren,

auch die vielfach nicht ohne schwere Kämpfe erreichten Lohnserhöhungen sofort für ungültig erklärt werden und verloren gehen, wenn feindliche Truppen, von dem spartanischen Terror gerufen, weitere Teile des Reiches in Besitz nehmen würden.

Die russischen Zustände in Düsseldorf.

Die russischen Zustände in Düsseldorf dauern fort. Am Sonnabend sind drei maskierte Räuber in die Villa „Zum Roten Hof“ eingedrungen und forderten mit vorgehaltenem Revolver von den Bewohnern die Herausgabe aller Bargeldmittel. Durch rasch aus der Umgebung herbeigeholte Hilfe wurden die Verbrecher schließlich verjagt. Die Düsseldorf Blätter schreiben, daß sie alle zuständigen Stellen anrufen um Schutz gegen nächtliche Überfälle, doch nirgends gab man eine Zusage. Staatsanwaltschaft und Polizei sind machtlos, so daß niemand da ist, den Bolschewiken niederzutreten.

Die Differenzen unter den Alliierten.

In der französischen Kammer erklärte Clemenceau bezüglich der amtlichen Mitteilungen über die Sitzungen der Alliierten, er bitte zu berücksichtigen, daß es nicht im Interesse der Alliierten liege, Deutschland darüber zu informieren, in welchen Punkten die Ansichten der einzelnen alliierten Regierungen sich unterscheiden. Die Einigung unter den Alliierten müsse um jeden Preis erzielt werden, damit man auf der Friedenskonferenz der deutschen Regierung geschlossen gegenüberstehe.

Bisher 394 Mandate.

Berlin, 22. Januar. Nach Privatmitteilungen sind bisher 394 Mandate vergeben. Davon erhielten Demokraten 72, Sozialdemokraten 156, Unabhängige 23, Zentrum 76, Volkspartei 21, Deutschnationale Volkspartei 37, Bauernbund, Weissen usw. 9.

Die Hohenzollernfamilie in Potsdam.

Die Söhne Wilhelms II. haben sich alle, bis auf den Prinzen Waldemar, entschlossen, ihren Wohnsitz in Potsdam beizubehalten. Auch Prinz August Wilhelm, der zum Landrat von Neuruppin ausersehen war, wird diesen Posten nicht antreten und wieder nach Potsdam übersiedeln. Die frühere Kronprinzessin behält ihr Landhaus am Jungfernsee zum dauernden Aufenthalt bei. Prinz Friedrich Leopold, Vater, ist mit Familie auf einige Zeit zu seinem jüngsten Sohne nach München abgereist. In den Wählerlisten in Potsdam waren auch der frühere Kronprinz und dessen Gattin, ferner Prinz Eitel Friedrich und Gemahlin und das Prinzenpaar Joachim eingetragen. Von den früheren Prinzen hat nur Prinz Eitel Friedrich sein Wahlrecht ausgeübt. — Die frühere Kaiserin Auguste Viktoria hat der Armendirektion Berlin 12 000 Mk. für die Berliner Armen überweisen lassen.

Sie hat den Wunsch geäußert, ihren Lebensabend in Potsdam im Kreise ihrer Kinder und Enkel zu verbringen.

Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Amsterdame, daß der frühere deutsche Kaiser und seine Gemahlin jetzt soweit wiederhergestellt sind, daß sie ihre frühere Lebensweise wieder aufnehmen können.

Die Nationalversammlung in Weimar.

Die Beratungen der Regierung über Ort und Zeit der Nationalversammlung sind Montag zum Abschluß gekommen. Die Strömung gegen Berlin hat gesiegt. Es ist endgültig beschlossen worden, die Nationalversammlung nach Weimar einzuberufen. Der Zusammentritt wird dort am 6. Februar erfolgen. Als Versammlungsort ist das Weimarer Hoftheater bestimmt.

Maßgebend für den Beschluß der Regierung waren verschiedene politische Gründe, in erster Linie die sehr bestimmt geäußerten

Wünsche der süddeutschen Regierungen.

Die Nationalversammlung außerhalb des Berliner Gebietes tagen zu lassen. Es wurde dabei geltend gemacht, daß die Nationalversammlung kein dauerndes Parlament sei, sondern eine einmalige, große, wichtigste Aufgabe zu erfüllen habe: die Errichtung der neuen deutschen Einheit in einer neuen Verfassung.

Berlin sei durch die letzten Vorgänge, deren Erregung noch lange nachklingen werde, allzu mißbelehrt geworden und erscheine auch durch seinen ausgesprochen norddeutsch-preussischen Charakter weniger geeignet, Sammelstätte aller aufbauenden geistigen Kräfte aller deutschen Stämme zu sein.

Die Regierung legt Wert darauf, festzustellen, daß ihr nichts ferner liegt, als etwa eine Fortberlegung der Reichsregierung von Berlin einzuleiten. Sie der deutschen Zentralregierung ist Berlin und soll es für alle Zeiten bleiben.

Für die technische Durchführung der Arbeiten der Nationalversammlung in Weimar und für ihre beste Verbindung mit Berlin wird schon jetzt Vorsorge getroffen. Die Nationalversammlung wird im Weimarer Hoftheater

tagen. Schon jetzt werden die Telegraphen- und Telefonverbindungen zwischen Berlin und Weimar so vermehrt, daß sie allen Anforderungen genügen sollen, die Postanstalten in Weimar vergrößert, für die Unterbringung von 2000 bis 3000 Personen, die die Nationalversammlung nach Weimar fahren wird, wird von amtswegen gesorgt werden. Endlich werden die Zugverbindungen mit Weimar außerordentlich vermehrt.

Neue Gewaltmaßnahmen der Polen.

Die Familien der Unteroffiziere usw. in Posen, zum großen Teil dort heimathändig, sind aus der Stadt Posen ausgewiesen, und zwar in einer Form, die für sie die Zurücklassung und damit den Verlust ihres Eigentums bedeutet, da sich die Polen in die Wohnungen setzen. Das gleiche ist in Ostrowo der Fall.

In der Gegend von Crone a. d. Brahe, wie auch in anderen gemischtsprachlichen Bromberger und westpreussischen Bezirken, werden die gebieten polnischen Mannschaften aufgefordert, sich nach Posen zum Zweck Kampfes für Polen möglichst mit Waffen und Munition — selbst große Messer sind erwünscht — zu begeben.

Zur Ausbringung der Rollen für die Besoldung der polnischen Soldaten wird bereits jetzt im Kreise Pleschen durch den polnischen Arbeiter- und Soldatenrat von den deutschen Bauern eine Wochensteuer erhoben.

Die Verordnungen des Posener Polizeipräsidiums sind nur polnisch gehalten, obwohl über zwei Fünftel der Bevölkerung der Stadt deutsch und zum großen Teil der polnischen Sprache gar nicht mächtig sind.

In Ostrowo werden den deutschen Mietern auf Anordnung die Wohnungen gekündigt, während den deutschen Hauseigentümern verboten wird, ihrerseits jemand zu kündigung, so daß also die deutsche Bevölkerung gewaltsam zur Auswanderung gezwungen wird.

Die Lage im Osten.

Die Verbindungsstelle der Obersten Heeresleitung in Königsberg gibt dem Zentralrat der Ostfront und der Ostprovinzen folgende Beurteilung der augenblicklichen Lage an der Ostfront:

Der Abtransport der deutschen Truppen aus der Ukraine hat auf der Südseite über Wolody gänzlich aufgehört.

Über die mittlere Strecke Kiew—Kowal—Kowel und über Homel—Pinsk—Brest—Litowsk laufen Transporte in schwächerer Folge (8—9 täglich) in letzter Zeit mit voller Ausrüstung und Bewaffnung ein. Der Gefechtswert der aus der Ukraine kommenden im Gebiet des 22. A. R. (Brest-Litowsk) im Bahnschutz verwendeten Truppen ist sehr gering, da die Mannschaften sich weigern zu kämpfen und sich nach meist langen Verhandlungen nur zum Bahnschutz auf 10 bis 14 Tage verpflichten. Der Schutz der Bahnen, sowie der Stadt Brest-Litowsk ist daher nicht voll gesichert.

Im Bereiche des Generalkommandos A. R. (Wlohy) ist die Lage unverändert. Der 10. Armee stehen zur dauernden Behauptung der ihr zur Sicherung zugewiesenen Bahn Wolkowysk—Molny—Grodno—Suwalki ausreichende Kräfte nicht zur Verfügung. Eine Verstärkung der Front durch Aufgabel des vorgehenden Bepfels Wolkowysk—Molny wird notwendig werden.

Die Volksgewissen

halten vor dem Südflügel der Armee nur Fühlung mit unseren Truppen und drängen nicht stark nach. Empfindlicher macht sich der Druck der Volksgewissen gegen den Nordflügel der 10. Armee, welcher die Front Orla—Kowno zu halten hat, bemerkbar, eine Folge des Ausweichens des rechten Flügels der achten Armee und der Aufgabe von Schaulen. Durch eine Verstärkung des Nordflügels der 10. Armee ist der Lage Rechnung getragen worden. Außerdem hat das Generalkommando 52. seine Postierungen nördlich des Njemen über die Landesgrenze vorgehoben.

Reste der „Eisernen Brigade“ und baltische Landbestwehr wurden bei Ust- und Groß-Nuz durch das 1. und 4. Letten-Regiment (etwa 2000 Mann) angegriffen und hinter die Windau gedrängt. Sie halten zur Zeit den Abschnitt Belschn—Schunden. Von Ustau aus sind Verstärkungen an die Windau geführt worden. Außerdem wird das Gouvernement Ustau nach Maßgabe verfügbarer Kräfte aus dem Bereiche des Stellvertretenden Generalkommandos I. A. R. verstärkt werden.

Zwischen Krieg und Frieden.

Gegen die Polen.

Montag vormittag 10 Uhr rückte in Potsdam eine Schwadron des 3. Garde-Mann-Regiments blumengeschmückt mit vollem Gepäck gegen die Polen aus.

Für den Anschluß an Deutschland.

Am Sonntag fand in Wien eine Massenkundgebung aller deutschen Parteien für Deutschböhmen und die deutschen Sudetenländer statt. Als ein Redner davon sprach, daß man nun einen neuen Staat gründen sollte, wurden stürmische Rufe laut: „Wir brauchen keinen neuen Staat! Wir wollen den Anschluß an Deutschland!“

Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der die Versammlung die Befreiung deutscher Erde verlangt. Die Versammlungsteilnehmer zogen nach Schluß der Versammlung vor Rathaus und Parlament, wo Kundgebungen veranstaltet wurden.

Deutscher U-Boot-Protest in Triest.

Bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Triest wurde der Entente ein deutscher Protest überreicht gegen das Verlangen, nicht vollendete U-Boote Neubauten bis zur Fahrbarkeit fertigzustellen und dann auszuliefern.

In dem Protest wird erklärt, daß sich Artikel 22 des ursprünglichen Waffenstillstandsvertrages nur auf die fertigen, in Dienst befindlichen U-Boote bezog. Die Neubauten seien Privatbesitz der Werften, über den die Regierung gar nicht verfügen könne.

Die U-Boote lassen, sterben, nicht...

Eine polnische Besatzung...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...

Die U-Boote...